



## Presseinformation

Nr. 520/2011

Kiel, Freitag, 07. Oktober 2011

Innen und Recht / Bleiberecht

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige**, MdL  
Parlamentarische Geschäftsführerin

## Gerrit Koch: Es ist bedauerlich, dass die Opposition Unterschiede konstruiert, um dem Vorschlag von CDU und FDP nicht zustimmen zu müssen

In seiner Rede zu **TOP 40** (Bundesratsinitiative für eine wirksame und stichtagsunabhängige gesetzliche Bleiberechtsregelung) sagt der innen- und rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Gerrit Koch**:

„Die Diskussion um die Bleiberechtsregelung für Geduldete hat in den letzten Wochen sehr an Schwung gewonnen, aber auch einige merkwürdige Wendungen genommen. Noch in der September-Sitzung des Landtages waren sich alle einig, dass es ein richtiger Vorstoß ist, das Problem der Kettenduldungen endlich einer Lösung zuzuführen.“ Große Zustimmung habe es zu der Absicht gegeben, eine Bundesratsinitiative zu starten, um endlich zu einer verlässlichen, humanitären und dauerhaften Regelung zu gelangen.

„Doch in der vergangenen Woche war dann Schluss mit der Einigkeit – aus Gründen, die rational kaum nachvollziehbar sind. Auf einmal konstruierte die Opposition Vorwände, um dem Vorschlag von CDU und FDP nicht zustimmen zu müssen. Bedauerlicherweise fanden die aus der Luft gegriffenen Behauptungen auch noch Widerhall in den Medien und bei den Interessenverbänden, wie zum Beispiel dem Flüchtlingsrat.“ Es sei deshalb wichtig, noch einmal zu erläutern, was unter den Kriterien in der Bundesratsinitiative der Koalition zu verstehen sei.

„Die Kriterien sind nicht nach dem Prinzip ‚ja‘ oder ‚nein‘, ‚erfüllt‘ oder ‚nicht erfüllt‘ zu sehen. Es gibt bei jeder Beurteilung auch noch etwas zwischen schwarz und weiß.“ Die Sicherung des Lebensunterhaltes sei natürlich so zu verstehen, dass jeder Betroffene sich zunächst um den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit aktiv bemühen müsse. Selbstverständlich müssten dabei beispielsweise das Alter und gesundheitliche Verfassung eine Rolle spielen. Kinderarbeit werde nicht gefordert. Außerdem solle keiner gezwungen werden, sich in einem Sportverein, Chor oder gar in einer Partei zu engagieren. Wenn jemand dies aber tue, solle es positiv auf seine Integrationsleistung angerechnet werden.“ Dass von der Opposition inhaltliche Unterschiede herbeigeredet würden, wo gar keine sind, sei sehr bedauerlich, erklärt Koch abschließend.

**Frank Zabel**, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,  
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497,  
E-Mail: [info@fdp.ltsh.de](mailto:info@fdp.ltsh.de), Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

www.fdp-sh.de